

Welzheim

Vollblut-Pädagogin Edeltraud Grassmann geht in den Ruhestand

Dass auch ein Mädchen Abitur macht, das wurde in Edeltraud Grassmanns Jugend durchaus nicht immer als notwendig erachtet. Doch sie tat noch mehr, studierte und wurde, was sie von jungen Jahren an werden wollte: Lehrerin. Als solche setzte sie sich sehr engagiert für ihre Schüler und ihre Schule ein. Nach Jahrzehnten im Schuldienst, davon mehr als 30 Jahren am Welzheimer Limes-Gymnasium, beginnt für die Vollblut-Pädagogin im August ein neuer Lebensabschnitt: der Ruhestand. Mehr dazu lesen Sie auf der

► Seite B 1



Edeltraud Grassmann. Foto: Schneider

Rems-Murr

„Impfpflicht wäre im Falle einer vierten Corona-Welle legitim“

„Wir haben derzeit noch drei bis sieben Millionen vorerkrankte Menschen in Deutschland, die keinerlei Impfschutz haben und der Delta-Variante schutzlos ausgeliefert sind“, sagt Dr. Torsten Ade, Chefarzt der Notaufnahme des Rems-Murr-Klinikums Winnenden. Die Frage nach einer Impfpflicht indes sei eine politische Frage und müsse von der Politik beantwortet werden. Dr. Jens A. Steinat, Pandemiebeauftragter des Rems-Murr-Kreises, wird da deutlicher: Sollte eine vierte Welle die Gesundheit vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger gefährden, fände er eine Impfpflicht legitim. „So wie bei der Pflicht zur Masernimpfung für bestimmte Gruppen.“

► Seite C 1



Die Impfquote stagniert. Foto: Palmizi

Wir sind für Sie da

Aboservice (07151) 566-444
aboservice@zvw.de
8.00 - 12.00 Uhr

Börse

Dax	Euro-Stoxx 50	Euro
15544,39 Pkt. -96,08 Pkt.	4089,30 Pkt. -27,47 Pkt.	1,1891 Dollar +0,18 Cent

Wetter



Mittags 23° | Nachts 15°
Wechselnd bis stark bewölkt, Schauer möglich



Klimaneutral bis 2035: Das Remstal bricht auf



Gleich in fünf Remstaler Kommunen nehmen derzeit ernsthafte, von Bürgerbewegungen mitgetragene Bestrebungen Gestalt an, bis 2035 kli-

maneutral zu werden. Am Freitag gab es dazu Aktionen unter anderem in Waiblingen und in Schorndorf - wo Noch-Oberbürgermeister Mat-

thias Klopfer mithilfe, pressefotogen-symbolträchtig „eine Tonne CO₂“ umzuhauen. Foto: Steinemann. ► Seite C 1

Söder fordert Laschet zu kraftvollerem Wahlkampf auf

Für den CDU-Chef läuft es nicht rund. In Umfragen verliert der Kanzlerkandidat an Vertrauen, nun holt ihn auch noch ein Plagiat aus einem früheren Buch ein. Vor allem die CSU wird ungeduldig.

BERLIN. CSU-Chef Markus Söder hat von Unionskanzlerkandidat Armin Laschet (CDU) mehr inhaltliche Aktivität und eine klarere Besetzung von Zukunftsthemen im Wahlkampf verlangt. Es gebe eine Gefahr, dass die Union nach der Bundestagswahl am 26. September in der Opposition lande, sagte Söder dem „Spiegel“. „Es ist längst nicht selbstverständlich, dass wir als Union die Regierung bilden und das Kanzleramt verteidigen können“, sagte Söder.

Das Umfragehoch der Union der vergangenen Wochen sei vorwiegend durch Fehler der anderen Parteien entstanden. „Das reicht aber nicht aus“, sagte Söder. Anders als Laschet wünscht sich der bayerische Ministerpräsident politische Konsequenzen aus der Flutkatastrophe. Diese sei „ein Weckruf, die bisherige Klimapolitik grundlegend zu überdenken und neu zu justieren“.

Armin Laschet (CDU) räumte Fehler in seinem Buch „Die Aufsteigerrepublik. Zuwanderung als Chance“ aus dem Jahr 2009 ein und entschuldigte sich dafür. Zuvor war auf Twitter eine Gegenüberstellung des Plagiatsprüfers Martin Heidingsfelder veröf-

„Markus Söder distanziert sich immer deutlicher von seinem eigenen Kandidaten und hat offensichtlich keine Lust mehr, Verantwortung für Laschets Fehler zu übernehmen.“

Lars Klingbeil,
SPD-Generalsekretär



Foto: dpa/
Jörg Carstensen

fentlicht worden, die auf auffällige Ähnlichkeiten zwischen einer Passage des Laschet-Buchs und einem anderen Text hinweist.

Um das Buch von Laschet hatte es schon zweimal Wirbel gegeben. Bereits kurz nach dessen Erscheinen hatte sich Laschet fragen lassen müssen, in welchem Umfang er Mitarbeiter seines damaligen Integrationsministeriums mit seinem Buch beschäftigt habe. 2015 geriet Laschet in steuerlicher Hinsicht unter Druck. Er hatte 4000 Euro Honorar für den Titel erhalten, die er spendete. 2015 wurde bekannt, dass er die Spende steuerlich geltend gemacht hatte, den Bucherlös aber nicht als Einnahme angegeben und versteuert hatte. In einer schriftlichen Erklärung räumte Laschet sein Versäumnis im Sommer 2015 ein.

Der ehemalige Chef der Linkspartei, Bernd Riexinger, riet Laschet, auf die Kanzlerkandidatur zu verzichten. „Wer so halbherzig, beliebig und teilweise faktenwidrig auf die großen Krisen und Herausforderungen unserer Zeit reagiert, sollte weder Bücher schreiben noch Kanzler werden.“ red

Zerstörtes Dach der Oper wird zum Mahnmahl

Das Kupferknäuel soll dauerhaft im Schlossgarten bleiben. Ein anderer Teil des Dachs könnte zu Münzen werden.

STUTTGART. Knapp einen Monat nach dem schweren Unwetter in Stuttgart steht fest, was mit dem vom Sturm abgerissenen Teil des Operndachs geschehen soll. Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) erklärte, mit dem Kupferknäuel wolle man an die Folgen des Klimawandels erinnern. Es solle als eine Art Mahnmahl dauerhaft im Schlossgarten platziert werden. „Den genauen Standort ermitteln wir gerade noch, er soll allerdings direkt bei der Oper sein“, sagte Sebastian Engelmann, Sprecher des Finanzministeriums.

Derzeit befindet sich das Kupferknäuel im Depot des Staatstheaters. Engelmann sagte, dass es auch noch einen „nicht zerknüllten“ Teil des zerstörten Daches gebe. Aus diesem könne die Staatliche Münze zum Beispiel Münzen prägen, so der Sprecher des Finanzministeriums weiter. jse

Dritte Impfung: Minister Lucha mahnt zur Eile

Start am 1. September? Die Ständige Impfkommission wartet noch mit einer Entscheidung über Auffrischungsimpfungen für Ältere ab.

VON CHRISTOPH LINK

STUTTGART. Trotz der Entscheidung Israels zu Auffrischungsimpfungen gegen Corona für ältere Menschen sieht die Ständige Impfkommission (Stiko) noch nicht die nötigen Daten für eine solche Empfehlung in Deutschland. Es sei aber eines der Themen, mit denen sich das Gremium intensiv beschäftige, sagte Stiko-Chef Thomas Mertens am Freitag.

Auch Landessozialminister Manfred Lucha (Grüne) will das Thema Impfauffrischungen bei der am Montag tagenden Runde der Gesundheitsminister ansprechen: „Ich werde fordern, dass wir mit den Auffrischungsimpfungen ab 1. September beginnen. Die vierte Welle rollt an, gleichzeitig haben wir freie Kapazitäten in den Impfzentren. Wir brauchen dringend eine Empfehlung der Ständigen Impfkommission, mit welchen Gruppen wir starten können. Wir denken vor-

allem an die über 70-Jährigen und die Vorerkrankten.“ Damit reiht sich Lucha in die Reihe von Politikern, die verbalen Druck auf die Stiko aufbauen. So verlangte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) beispielsweise, die Stiko müsse ihre Entscheidung zum Kinder- und Jugendlichenimpfen korrigieren.

Der Weg für neue Corona-Testpflichten bei Einreisen nach Deutschland ist ab diesem Sonntag frei. Das Bundeskabinett beschloss die Verordnung im Umlaufverfahren. Ab Sonntag müssen alle Menschen über zwölf Jahren bei ihrer Einreise nachweisen können, dass bei ihnen das Übertragungsrisiko verringert ist: mit einer Impfung, einem Nachweis als Genesener oder einem negativen Testergebnis. Eine solche Vorgabe gab es bisher für Flugpassagiere, künftig gilt sie auch bei Einreisen mit Auto oder Bahn.

Kommentar



12 Seiten
Wochenende

Die Kunst trotz Corona

Die Coronapandemie hat den Kunstmarkt massiv verändert. Aber auch geschadet? Rein nach Zahlen wächst er sogar.

Kommentar

Risiko Reiserückkehrer

Sicher ist eine Testpflicht eine sinnvolle Maßnahme, doch dies wirkt nur mit entsprechenden Kontrollen.

VON KATJA BAUER

Die Bereitschaft der Politik, sich von der Pandemie und ihrem inzwischen einigermaßen vorherzusagenden Verlauf überraschen zu lassen, ist weiter erstaunlich hoch: Kurz bevor die Sommerferien in den ersten Bundesländern enden, beschließt die Bundesregierung ad hoc eine Testpflicht für Reiserückkehrer.

Dabei ist es allen klar, dass gestiegene Mobilität in der Vergangenheit jeweils zu einem Anstieg der Infektionszahlen geführt hat. Die jetzige Entwicklung war also absehbar. Und die Verantwortlichen hätten viel früher – und planvoller – handeln können. Das hätte Urlauber entlastet, die nun plötzlich mit der Pflicht zu einem Test konfrontiert werden. Vor allem aber hätten sich die Sicherheitskräfte möglicherweise besser auf die Situation einstellen können.

Für Flugreisende ändert sich hier zwar nichts, aber an den Landgrenzen ist eine umfassende Kontrolle illusorisch. Dafür gibt es kein Personal. So wird die Bundespolizei also stichprobenartige Grenzkontrollen durchführen und sich außerdem wieder auf ihre Schleierfahndung verlassen. Wie abschreckend ist die Wirkung einer solchen Kontrollmöglichkeit dann für den Einzelnen? Wer verantwortungsvoll mit der Pandemie umgeht, ist ohnehin schon vorsichtig. Die Wahrscheinlichkeit einer Kontrolle aber ist gering. Und wenn das denjenigen klar ist, die sich im Blick auf das Virus sorglos verhalten, wird gerade sie die neue Testpflicht bei der Einreise nicht beeindruckt.

AfD steht nicht bundesweit zur Wahl

BREMEN/SAARBRÜCKEN. Die AfD darf in Bremen mit ihrer Landesliste nicht zur Bundestagswahl im September antreten. Das teilte der Landeswahlleiter mit. Unter dem Wahlvorschlag habe die eidesstattliche Erklärung der Schriftführerin der Wahlsammlung gefehlt. Der Landeswahlleiter habe daraufhin empfohlen, die AfD nicht zur Wahl zuzulassen. Hintergrund der fehlenden Unterschrift sind Streitigkeiten innerhalb der Partei.

Der Landeswahlausschuss im Saarland hat außerdem die Landesliste der Grünen für die Bundestagswahl abgelehnt. Grund sei der Ausschluss von Delegierten bei der Aufstellungsversammlung zur Liste, teilte die Landeswahlleitung mit. dpa